

## **2004 werden alle Budgets um zehn Prozent gekürzt**

### **Ausschuss berät Haushalt / Ankauf des Bornemann-Gebäudes**

Obernkirchen (sig). Zwar nicht ein Buch mit sieben Siegeln, aber doch eine Rechnung mit vielen Unbekannten ist der nächste Haushalt der Bergstadt. Wolfgang Seele hat das Zahlenwerk für die Stadtverwaltung erarbeitet und musste dem Finanzausschuss gleich einen bitteren Wermutstropfen kredenzen: Alle Ausgabenbereiche werden von Beginn an um zehn Prozent gekürzt.

„Das geht einfach nicht anders, wenn man nicht genau weiß, wohin die Reise geht“, begründete Seele diese Entscheidung. Und: Dieser Schritt nach der „Rasenmäher-Methode“ sei in jedem Fall besser als eine grundsätzliche Haushaltssperre. Mit der Kürzung haben sich alle für den jeweiligen Budgetbereich zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung einverstanden erklärt.

Allerdings: Angesichts der noch ausstehenden Grundsatzentscheidungen auf Bundesebene stehen hinter dem städtischen Etat für das kommende Jahr noch viele Fragezeichen. Niemand weiß, wie es mit dem kommunalen Finanzausgleich weitergeht, mit der dritten Stufe der Steuerreform und dem Abbau von Steuervergünstigungen. Im Klartext heißt das: Im Mai muss wohl ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden.

„Wir legen unseren Planungen Durchschnittswerte aus den Vorjahren und eigene Erfahrungen zugrunde“, erklärte Seele zu dem Beschlussvorschlag, den der Ausschuss einstimmig verabschiedete. Danach rechnet man mit einer Senkung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer um 3,8 Prozent auf knapp über zwei Millionen Euro.

Bei der einst so ergiebig fließenden Gewerbesteuer bleibt es bei einem Ansatz von 1,1 Millionen Euro. Der Anteil an der Umsatzsteuer ist unverändert mit 322 000 Euro angesetzt worden. Das gilt auch für die Schlüsselzuweisungen, die 935 000 Euro betragen. Unsicher ist ebenso die Höhe der Zuweisungen für übertragene Aufgaben in Höhe von 160 000 Euro. Nur bei den Grundsteuern A und B erhofft man sich eine Steigerung um 15 000 Euro auf 815 000 Euro.

Eine weitere Senkung der Personalkosten sei nur durch das Reduzieren von Aufgaben möglich, stellt die Verwaltung in ihrer Vorlage für den Finanzausschuss fest. Der Landkreis hatte der Stadt bestätigt, dass durch Stellenstreichungen und Beförderungsstops Einsparungen erzielt worden seien. Dazu gehört auch, dass die Stelle des allgemeinen Vertreters des Stadtdirektors nicht extern besetzt worden ist.

Im Vermögenshaushalt ist der Ankauf des früheren Verwaltungsgebäudes der Firma Bornemann vorgesehen. Diese Maßnahme gehört zu der Ende 2004 auslaufenden Stadtsanierung und ist mit der für diese Aufgaben zuständigen Bremer Gesellschaft „Baubecon“ vertraglich vereinbart. Die Zahlung erfolgt in Raten und wird durch eine Darlehensaufnahme finanziert.

Die finanzielle Situation der Bergstadt dürfte sich nach Auffassung der Verwaltung 2004 nicht so weit verbessern, dass man die aufgelaufenen Fehlbeträge aus eigener Kraft mittelfristig abdecken kann. Ein großes Fragezeichen steht hinter der Entscheidung des Landes über weitere Bedarfszuweisungen. Ein entsprechender Antrag der Stadt ist unbeantwortet geblieben.